

Beiträge zur
Pastoralen Entwicklung



**Familie und
*Familienbildung***

**Räume
der *Zukunft***


Erzbistum
Paderborn



Erzbischöfliches Generalvikariat
Hauptabteilung Pastorale Dienste
Katholische Erwachsenen- und
Familienbildung (kefb)

Domplatz 3

33098 Paderborn

Tel.: 05251 121-3

Fax: 05251 121-4555

E-Mail: info@kefb.de

Internet: www.kefb.de



Inhalt

Familie und Familienbildung – Räume der Zukunft	4
<i>Erzbischof Hans-Josef Becker</i>	
Was brauchen Familien?	10
<i>Franz-Xaver Kaufmann</i>	
1. Familien im Zusammenhang ihrer Alltagsbewältigung	11
2. Die Perspektive der Familienpolitik	14
3. Aufgaben des Bildungswesens mit Bezug auf Familie und Erziehung	19
Bildung ganz nah	22
Die Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Erzbistum Paderborn	

Erzbischof Hans-Josef Becker

Familie und Familienbildung – Räume der Zukunft

„Die christlichen „Ur-Zellen“ von Ehe und Familie werden wir unterstützen und stärken und uns für ihre Achtung, ihren Schutz und ihre Unterstützung in Gesellschaft und Politik einsetzen!“¹

Mit diesen Worten habe ich vor zwei Jahren im Rahmen der Vorstellung der „Perspektive 2014“ auf eine wichtige Zielperspektive für die zukünftige Arbeit in unserem Erzbistum hingewiesen. Dafür braucht es tatkräftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch profilierte Orte, um möglichst weithin sichtbar zu sein und nachhaltig wirken zu können. Mit der Bezeichnung der Bildungsstätten als **„Säulen der pastoralen Bildung“** ist dieser Aspekt unmittelbar im Blick. Und er nimmt mit der Eröffnung der Bildungsstätte hier in der Stadt Bielefeld auch schon seine konkrete Gestalt an. Das ist natürlich weniger eine Frage der Optik und der Architektur als vielmehr eine Frage der inhaltlichen Ausrichtung und damit des konkreten Programms.

Unsere Bildungsstätten sind Orte, die offene Zugänge für alle Menschen bieten und die sich zugleich durch ein besonderes Profil charakterisieren lassen, das dem Ziel der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung entspricht, *„die Vielfältigkeit des Lebens und seiner Anforderungen im Sinnhorizont des christlichen Glaubens zu erschließen“².*

Wir erleben täglich, dass viele Situationen im Leben, vor allem die schwierigen und problematischen, auf der Grundlage klarer Orientierungen mit kompetenter Hilfe bewältigt werden müssen – so schwierig das im Einzelfall auch ist. Und niemand wird behaupten können, auf sich allein gestellt optimale Lösungen zu finden. Gerade in familiären und gesellschaftlichen Belangen bedarf es gemeinsamer Anstrengungen, um lebbare Antworten auf schwierige und komplexe Fragen zu finden.

Katholische Bildungsarbeit heißt konkret, auf die unterschiedlichen

¹ Erzbischof Hans-Josef Becker, Pastorale Perspektive 2014. „Auf dein Wort hin werfen wir die Netze neu aus“, S. 18.

² Erzbischof Hans-Josef Becker, Zum Christsein ermutigen. Zur Bildungsarbeit im Erzbistum Paderborn, S. 8.



Lebensfragen der Menschen in verschiedenen Kontexten einzugehen und ihnen dezidiert christlich orientierte Antworten zu geben. Der durchgängige Pluralismus in unserer Gesellschaft ist schließlich die Folie, auf der auch wir als Kirche unsere Botschaft schreiben und dann auch vermitteln können. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass wir den Kontakt und das Gespräch mit den Menschen suchen und ermöglichen. Denn nur die Nähe zum konkreten Lebensalltag der Menschen kann uns befähigen, eine inhaltliche Bildungsarbeit zu gestalten, die den kirchlichen Binnenraum überschreitet³ und unsere Angebote gerade für jene Zeitgenossen interessant macht, die sich abgewandt haben oder den christlichen Glauben unserer Kirche noch nicht kennen. Dazu wollen wir immer wieder einladen!

Mit unserer Bildungsarbeit möchten wir nahe am Leben der Menschen sein, weil dies der pastoralen Grundverantwortung der Kirche entspricht. *„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art“*,⁴ können uns nicht gleichgültig lassen, sondern fordern unsere Dialogbereitschaft und unsere persönliche Zuwendung ein. Das ist die

Selbstverpflichtung der Kirche, wie sie vor gut vierzig Jahren das Zweite Vatikanische Konzil formuliert hat. Und auch wenn sich die Welt und speziell unsere Gesellschaft bis heute in vielen Lebensbereichen verändert und entwickelt hat: Die gegenwärtige Situation fordert uns in dieser Aufgabe doch umso mehr! Denn die Veränderungen im familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Leben nehmen großen Einfluss auf die Gestaltung unserer Beziehungen. Mobilität und Flexibilität zählen vielfach als Grundvoraussetzungen für die Teilnahme an unserer Lebenswelt, kaum ein Bereich wird hiervon nicht berührt. Unsere Räume sind dadurch ohne Frage größer geworden, für viele regelrecht unüberschaubar: Wer ist heute schon gegen die Angst gefeit, angesichts der Komplexität der Lebenszusammenhänge nicht mehr mitzukommen und eines Tages allein dazustehen?! Das gilt nicht nur für die älteren Menschen, sondern betrifft bei näherem Hinsehen alle: junge Familien und Alleinerziehende, die sich den Anforderungen des Alltags stellen müssen, Berufstätige, die mit steigenden Erwartungen und dementsprechenden Belastungen konfrontiert sind, Arbeitslose, die dringend einen Weg in die Erwerbstätigkeit suchen, Kinder und Jugendliche, die ihre notwendi-

³ Vgl. Erzbischof Becker, *Pastorale Perspektive* 2014, S. 20.

⁴ *Gaudium et Spes*. Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils, I,1.



gen Entwicklungschancen benötigen, Menschen, die durch den Verlust des Lebenspartners oder guter Freunde allein die Phase des Alterns durchleben müssen, und nicht zuletzt alle kranken, leidenden und behinderten Menschen, denen unsere Gesellschaft vielfältige Signale der Distanz und Abgrenzung sendet. All diese unterschiedlichen Phänomene lassen deutlich erkennen, wie sehr jeder von uns auf das Miteinander und die Kommunikation mit anderen Menschen hin- und angewiesen ist: *„Je weiter sich die Menschen zerstreuen, je vielfältiger die Themen und Ereignisse sind, an denen sie sich treffen, desto größer wird das Bedürfnis nach Sammlung. Je tiefer sich die Menschen in Aufgaben, Ablenkungen, Erlebnissen und Einsamkeit verlieren, desto notwendiger wird die Frage, was untereinander trägt und verbindet.“*⁵ So ist die Suche oder vielmehr die Sehnsucht nach dem, was stabil und verlässlich ist, ein nur schwer übersehbares Signal in unserer Gesellschaft, wenn nicht sogar ein „Zeichen der Zeit“ geworden. Als Kirche schauen wir an dieser Situation und den damit verbundenen Herausforderungen nicht achtlos vorbei. Die derzeitige Gemengelage ist allerdings auch eine Einladung an uns, unser christliches Menschenbild neu zur

Sprache zu bringen, damit es sich angesichts der bestehenden Fragen und Probleme bewähren kann.

Für die christliche Bildungsarbeit ist diese Herausforderung nicht neu. Sie kann sich ihr mit dem großen Schatz an Erfahrung und erprobtem Lebenswissen stellen und braucht keine Angst zu haben, diese Fragen unbeantwortet zu lassen. Nicht wenige Soziologen machen uns auf eine „Rückkehr alter Werte“ aufmerksam, wobei sie die Wiederentdeckung und Bedeutung von Religion und Familie als tragfähige Lebensbeziehungen markieren. Nicht nur als Historiker wird man die These ernst nehmen müssen, dass Religion eine Ressource sein kann, um auf Werte zurückzugreifen, die gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten von entscheidender lebenspraktischer Bedeutung sind.

Das gilt in besonderer Weise auch für die langfristige Entwicklung der familiären Situation. In einer Zeit, die das Konsumprinzip zu einem ihrer obersten Gebote erhebt, die die Austauschbarkeit oder Ersetzbarkeit des Einzelnen medial propagiert, die Werte wie Verlässlichkeit und Treue nur mit begrenztem Haltbarkeitsdatum auszeichnet oder die Geburt von Kindern zu einem Störfaktor

⁵ Weihbischof Franz Tebartz van Elst, Missionarisch Kirche sein. Pastoraler Aufbruch in kirchlicher Übergangssituation, S. 5.



im karriereoptimierten Lebenslauf erklärt, sind die Auswirkungen auch auf den familiären Zusammenhalt oder das „Lebensalter“ von Familie programmiert. Umso erstaunlicher ist die Beobachtung, dass unsere Gesellschaft andererseits auch ein Interesse an der größeren Wahrheit über den Menschen signalisiert und die lange Zeit gepflegten Ideale der totalen Individualisierung und Selbstverwirklichung mittlerweile auch kritisch in den Blick nimmt: *„Wir können keine Gesellschaft bauen, in der es egal ist, ob wir Kinder haben oder nicht, oder in der es egal ist, ob es stabile Beziehungen gibt oder nicht.“*⁶

Kirchliche Bildungsarbeit entzieht sich den in diesem Lebensbereich vorhandenen Sorgen und Nöten nicht. Mit ihrem Engagement gibt sie einen unmissverständlichen Beleg für den menschenfreundlichen Ansatz der christlichen Ethik sowie für die „Lebensstauglichkeit“ und damit für die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft.

Vor diesem Hintergrund gehört die **Familienbildung** als Ausdruck der Sorge um das Wohl und die Entwicklung der Familie in unserer Gesellschaft zum Kernbereich unserer Aufgaben. Unter dem Leitsatz *„Für eine*

innovative Familienpastoral“ habe ich schon vor zwei Jahren betont: *„Weil uns das Schicksal der Ehen und Familien eben nicht gleichgültig ist, gilt es für die Kirche von Paderborn, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in der Glaubens- und Lebenswirklichkeit partnerschaftlichen und familiären Zusammenlebens heute präsent zu sein.“*⁷

Mit unserem Engagement im Bildungsbereich wollen wir die Familien auch weiterhin tatkräftig fördern, damit sie in allen Unsicherheiten und Belastungen einen Weg gelingenden Lebens beschreiten können. Das gelingt natürlich nur, wenn wir sie solidarisch unterstützen und ihnen die Hilfen zum Leben bieten, die sie ihrer jeweiligen Lebenssituation entsprechend benötigen. Familienpastoral insgesamt muss Wege suchen, die den Menschen als Person befähigen, sein Ja zur Lebenswirklichkeit „Familie“ zu sprechen, und ihn als Vater oder Mutter in dieser Lebenswirklichkeit stärken. Und natürlich muss in einem nächsten Schritt dazu eingeladen werden, diese Wege dann auch mutig zu beschreiten.

Letztlich geht es bei unseren Bemühungen auch um unsere eigene Zuverlässigkeit als Kirche im Lebens-

⁶ Paul Nolte, Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München 2004.

⁷ „Für eine innovative Familienpastoral“. Grußwort des Erzbischofs von Paderborn bei der Landvolkkundgebung in der Liboriwoche – 26. Juli 2005.



feld „Familie“ und damit um unseren Beitrag zu der emotionalen Stabilität, mit der die junge Generation in unsere Gesellschaft hineinwächst und dort ihren dauerhaften Platz findet. Dafür brauchen wir in der Tat die Bildungsarbeit! Denn wir benötigen Räume, in denen Menschen mit vergleichbaren Lebenssituationen aus ihrer zwangsläufig begrenzten Perspektive herausgeführt werden und etwa im gemeinsamen Gespräch als Eltern oder Familie Problemlösungen und wertvolle Lebensmöglichkeiten entdecken. Hier reiht sich nahtlos das große Thema der Entwicklung von Kompetenzen ein, die für die Stabilität familiärer Verhältnisse von grundlegender Bedeutung sind. Ich danke Herrn Professor Dr. Franz-Xaver Kaufmann, dass er auf diese Fragestellungen in gewohnt fachkundiger Weise eingeht.

In ihrem Engagement für Kinder und Familien weiß sich die Kirche mit den politisch Verantwortlichen und allen anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Faktoren verbunden. Deshalb sehe ich uns Christen in der Pflicht, kinder- und familienfeindliche Tendenzen in unserem Land aufzudecken und entschieden dagegen anzugehen. Das können wir umso glaubwürdiger tun, je kinderfreund-

licher wir im eigenen Haus sind. Hier ist der Ort, um unserer Solidarität mit den Eltern Ausdruck zu geben und sie in ihrer Zuwendung zum Kind vorbehaltlos zu unterstützen. Familienbildung wird so zu einem entscheidenden Arbeitsbereich unserer Familienpastoral mit dem Ziel, die christliche Urzelle der Familie zu stärken⁸ und damit auch unsere Wertmaßstäbe offensiv in die gesellschaftliche Wirklichkeit einzubringen. Denn Familien sind zweifelsohne wichtige Lebens- und Wertgemeinschaften! Sie leisten einen elementaren und damit unersetzlichen Beitrag zur Gestaltung des Lebens in Gesellschaft und Kirche. Bei der Inkraftsetzung der Leitsätze zur Ehe- und Familienpastoral während des Libori-Festes 2006 habe ich diesen Aspekt ausdrücklich als Anliegen unserer gemeinsamen Arbeit formuliert: *„Es ist das besondere Anliegen des Erzbistums, dass sich die verantwortlichen Kräfte in Gesellschaft und Politik für das Zusammenleben in Ehe und Familie starkmachen und den besonderen Wert und die Würde dieser engsten aller Lebensgemeinschaften achten.“*⁹ Deshalb sind auch die Beiträge der kirchlichen Familienbildung ein unverzichtbarer Bestandteil im Konzept der Ehe- und Familienpastoral.

⁸ Vgl. Erzbischof Becker, *Pastorale Perspektive* 2014, S. 18.

⁹ Erzbischof Becker, *Leitsätze zur Ehe- und Familienpastoral* vom 29. Juli 2006, S. 6 (vgl. *„Pastorale Perspektive 2014“*).



Vor fast dreißig Jahren bezeichnete Papst Benedikt XVI. – damals Erzbischof von München und Freising – die Familien als **„Raum der Zukunft“**¹⁰, dem die oberste Sorge der Kirche zukomme. Raum der Zukunft – das ist in der Tat mehr als ein Ehrentitel! Die gegenwärtige Situation führt uns dagegen immer wieder vor Augen, wie schwer es Familien heute fällt, diesen Raum selbstbewusst und aktiv gestalten zu können. Gerade weil viele Eltern ihre Aufgaben in der Familie ernst nehmen und damit ihrer erzieherischen Verantwortung nachkommen, dürfen wir sie mit ihren Fragen zur Erziehung, zur Partnerschaft, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur religiösen Begleitung ihrer Kinder nicht allein lassen. Mit den Angeboten der Familienbildung – wie hier in Bielefeld werden wir sie auf dem Weg in ihre Zukunft auch weiterhin wirksam unterstützen!

¹⁰ Vgl. Joseph Kardinal Ratzinger in der Münchener Katholischen Kirchenzeitung vom 14. Januar 1979.

Franz-Xaver Kaufmann

Was brauchen Familien?*

In öffentlichen Reden ist oft von „der Familie“ die Rede: Sie solle die Grundlage der Gesellschaft sein, sie befinde sich in der Krise, sie bedürfe der Hilfe oder Förderung, und ihre Leistungen seien unentbehrlich. Wer so spricht, hat nicht die einzelne Familie im Sinn, sondern eine abstrakte Vorstellung. Häufig handelt es sich um ein bestimmtes Leitbild, etwa den durch Ehe begründeten Haushalt zweier Eltern mit ihren leiblichen Kindern, in dem der Vater verdient und die Mutter den Haushalt führt. Wir wissen alle, dass dieses traditionelle Leitbild der „bürgerlichen Familie“, das auch von der katholischen Kirche lange Zeit vertreten wurde, heute in der Wirklichkeit nur noch unter privilegierten Umständen zu verwirklichen ist und zudem von den meisten jüngeren Frauen mit qualifizierter Ausbildung gar nicht mehr angestrebt wird. Der Satz: „Die Familie gibt es nicht“ trifft heute nicht mehr nur mit Bezug auf die Vielfalt vorfindbarer Familienformen und die phasenspezifischen Unterschiede in den Aufgaben und Herausforderungen, sondern auch

mit Bezug auf die Leitbilder des privaten Lebens zu. Wie soll man aber angesichts der vielfältigen Formen, Umstände und Probleme familialen Zusammenlebens noch etwas Allgemeines sagen, das irgendwie die Wirklichkeit der einzelnen Familien im Regelfalle mit betrifft?

Zunächst ist aus sozialwissenschaftlicher Sicht festzuhalten, dass die oft behauptete Individualisierung und Pluralisierung der privaten Lebensformen weit charakteristischer für Lebensformen ohne Kinder sind als für Sozialzusammenhänge mit Kindern. Nach wie vor wachsen etwa drei von vier Kindern in Deutschland mit ihren beiden leiblichen Eltern auf, und die jüngsten Änderungen des elterlichen Sorgerechts wollen auch Kindern, deren Eltern nicht oder nicht mehr ehelich verbunden sind, den Zugang zu Mutter und Vater im Regelfalle ermöglichen.

In dem Maße, als durch die neueren Methoden der Empfängnisverhütung die Trennbarkeit von Sexualkontakten

* Vortrag anlässlich der Eröffnung der Katholischen Bildungsstätte für Erwachsenen- und Familienbildung Bielefeld im Winfriedhaus am 29. Mai 2007



und Fortpflanzung selbstverständlich geworden ist, ist die politische und moralische Bedeutung der Ehe als Grundlage von Familie zurückgegangen. Dies wird in etwa kompensiert durch eine politische und moralische Aufwertung von Elternschaft, und zwar für beide Geschlechter! Während im 19. Jahrhundert vor allem in katholischen Gegenden die Weggabe von Kleinkindern als sog. Findelkinder verbreitet war, hat sich im 20. Jahrhundert im Zuge der Verbreitung der Geburtenkontrolle die Norm „verantworteter Elternschaft“ immer deutlicher durchgesetzt, der zufolge Kinder ein Recht auf die Sorge durch ihre leiblichen Eltern haben. Für potenzielle Eltern bedeutet dies, dass von ihnen erwartet wird, dass sie nur solchen Kindern das Leben schenken, für die sie auch die Verantwortung übernehmen können. Deshalb ist es heute auch so schwierig, im Falle unerwünschter Schwangerschaften Mütter zu bewegen, ihr Kind auszutragen und es dann zur Adoption freizugeben.

Betrachten wir „Familie“ nicht primär aus der Perspektive von Ehe und Partnerschaft, sondern von *Elternschaft*, so halten sich deren grundsätzliche Variationen in engen Grenzen. Die elementaren Bedürfnisse der Kinder

bilden deshalb meinen Ausgangspunkt zur Beantwortung der Frage: „Was brauchen Familien?“ Diese Frage will ich im Folgenden aus drei Perspektiven ansprechen: (1) der einzelnen Familien in ihren alltäglichen Zusammenhängen; (2) derjenigen der Familienpolitik und (3) derjenigen des Bildungswesens.

Diese Engführung des Familienthemas auf den gemeinsamen Haushalt von Eltern und unmündigen Kindern erschöpft natürlich die Fragen und Probleme des Familienverbandes nicht; erwähnt sei lediglich das Problem der Hilfe für pflegebedürftige oder sonstwie beeinträchtigte Angehörige. Für eine halbe Stunde ist aber auch schon dieses beschränkte Thema mehr als genug.

1. Familien im Zusammenhang ihrer Alltagsbewältigung

Aus der Perspektive von Elternschaft beginnt Familie mit der ersten Annahme einer Schwangerschaft. Schon dadurch kann sich der Alltag der werdenden Mutter verändern und ebenso die Lebensperspektive des werdenden Vaters. Spätestens die lebendige Präsenz des zuwendungsbedürftigen und hungrigen Säuglings



verändert dann den Alltag der Eltern tief greifend. *Kinder brauchen Zeit*, viel Zeit, die für andere Verwendungen nicht mehr zur Verfügung steht. Häufig treten nun Zeitkonflikte auf, zwischen den Partnern einerseits und zwischen Familie und Beruf andererseits, vor allem aber mit Bezug auf frühere soziale Beziehungen und Freizeitaktivitäten. Hinzu kommt die Neuartigkeit der Aufgabe: Für manche Eltern ist der erste zappelnde Säugling, den sie je im Arm hatten, ihr eigenes Kind! Meist behalten die Mütter, die zunächst durch das Stillen in die engste Beziehung zum Säugling kommen, auch in der Folge die Hauptverantwortung für das Kind bei und schränken ihre Erwerbstätigkeit stark ein, wenn sie nicht ganz darauf verzichten. Wesentlich erleichtert wird die Kleinkindphase, wenn eine verständnisvolle Großmutter in erreichbarer Nähe wohnt. Ohne solch verlässliche Hilfe geraten die jungen Eltern oft in das Dilemma von Zeit- oder Geldnot. Das Familienleben vollzieht sich dann als ständige Improvisation, die nicht selten auch zulasten des oder der Kinder geht. Entscheidend für das Gelingen von Familie sind der emotionale Zusammenhalt der Eltern und die Stabilität eines „Nestes“, in dem die Kinder sich entwickeln können.

Fragt man vor dem Hintergrund dieser Skizze, was Familien brauchen, so ist zwischen den Bedürfnissen der Eltern und der Kinder zu unterscheiden. *Kinder brauchen vor allem Verlässlichkeit*, Schutz, Zuwendung und Anregung. Das ist für erfahrene Eltern zwar nichts Neues, aber seit Kurzem ist das auch naturwissenschaftlich belegt: Die Hirnforschung belehrt uns, dass sogar die organische Entwicklung des kindlichen Gehirns vor allem in den beiden ersten Lebensjahren durch fehlende Zuwendung oder traumatische Erlebnisse beeinträchtigt wird. Solch frühkindliche Beeinträchtigungen können nur schwer in späteren Lebensphasen voll kompensiert werden. In der Kleinkindphase, also etwa bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres, ist die Entwicklung somit entscheidend von den Möglichkeiten und Fähigkeiten der Eltern, ersatzweise auch von anderen verlässlichen „Dauerpflegepersonen“ abhängig. Mit zunehmendem Alter entwickeln Kinder dann auch weitere reichende Bedürfnisse, die oft besser außerhalb des Familienhaushaltes zu befriedigen sind.

Was brauchen Eltern, um ihren Alltag *als Eltern* erfolgreich zu bewältigen? Hier ist zwischen inneren und äußeren Voraussetzungen zu unterscheiden.



Zu den inneren Voraussetzungen gehören die emotionale Stabilität der Paarbeziehung und das Spektrum vorhandener Fähigkeiten der Eltern. Die modernen Verhältnisse fordern nicht nur im Berufsleben wachsende „Arbeitskompetenzen“, sondern auch im alltäglichen Leben sind „Daseinskompetenzen“ gefragt, wie „Beweglichkeit, Lernfähigkeit, Problembewusstsein, Selbständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Denken in Zusammenhängen und anderes mehr“,¹¹ deren Mängel im familiären Bereich besonders nachhaltig zu Buche schlagen. Je größer die Daseinskompetenzen, desto eher lassen sich nachteilige äußere Voraussetzungen des Familienlebens kompensieren.

Zu den äußeren Voraussetzungen gehören in erster Linie ein existenzsicherndes Familieneinkommen und ausreichende Wohnverhältnisse. Man macht sich viel zu wenig klar, dass der gesellschaftliche Ort des Familienlebens heute im Wesentlichen die eigene Wohnung ist. Die Eltern-Kind-Familie ist regelmäßig mit gemeinsamer Haushaltführung verbunden, und diese gehört auch zu den wichtigen Bedingungen für ein gedeihliches Aufwachsen der Kinder. Zwar lassen sich gesunde Ernährung und der

Haushalt als Erfahrungs- und Lernraum grundsätzlich auch außerhalb der Familie organisieren. In England z. B. ist die tägliche Schulspeisung eine wichtige Sozialleistung, und in einigen gut geführten deutschen Ganztagschulen werden die Kinder auch in den Küchendienst, gelegentlich sogar in die Instandhaltung ihrer Klassenräume mit einbezogen. Aber solche öffentlichen Vorkehrungen sollten die Sozialisationsleistungen der Familienhaushalte ergänzen und nur in Notfällen ersetzen.

Eine weitere elementare Bedingung gedeihlichen Familienlebens ist ausreichende Eigenzeit für die Eltern und ihre Kinder. Die Konkurrenz zwischen den familialen und den übrigen gesellschaftlichen Aufgaben und Möglichkeiten äußert sich heute vor allem als Zeitproblem: Zeitknappheit im Alltag und Zeitverdichtungen im Lebenslauf beeinträchtigen die Möglichkeiten, eine Familie zu gründen und in Familie zu leben, was insbesondere auch für die Sozialisation der Kinder sehr wichtig ist.¹² Strukturelle Rücksichtslosigkeiten äußern sich auf der familialen Ebene primär als Mangel an Eigenzeit für die Familie. Nur wo der Zutritt zu ausreichend bezahlter Arbeit nicht gelingt, dominiert der Geldmangel den Zeitmangel.

¹¹ Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.), Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn 1994, S. 243.

¹² Vgl. Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.), Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. 7. Familienbericht, Berlin 2006.



Natürlich gibt es noch viele Dinge, die einem gedeihlichen Familienleben förderlich sind, aber elementar sind die genannten fünf Voraussetzungen: *emotionaler Zusammenhalt, Daseinskompetenzen, Wohnung, Einkommen und Zeit*. Sie seien festgehalten als Kriterien, an denen die Wirkungen von Familienpolitik auf Familien zu messen sind, der wir uns nun zuwenden.

2. Die Perspektive der Familienpolitik

Man sollte denken, dass Antworten auf die Frage: „Was brauchen Familien bzw. Eltern und Kinder?“ für die Familienpolitik wegleitend sind; das ist aber nicht oder bestenfalls in zweiter Linie der Fall. Die Familienpolitik in Deutschland wurde seit ihren Anfängen durch eine geschlechterpolitische Spannung zwischen traditionellen und partnerschaftlichen Familienleitbildern dominiert. Das schwächte nicht nur die normative Verbindlichkeit von Ehe und Familie, sondern brachte auch die familienpolitische Diskussion in ein ideologisches Fahrwasser. Bis in jüngste Zeit beharrte die CDU/CSU auf einem traditionell-paternalistischen, die SPD und FDP auf einem egalitären und nicht notwendigerweise an die Ehe gebundenen Familienleitbild, das die Erwerbsbeteiligung beider

Ehepartner vorsieht. Familienpolitische Maßnahmen werden demzufolge in Deutschland weniger im Hinblick auf ihre Tauglichkeit zur Förderung des Kindeswohls als im Hinblick auf ihre Nützlichkeit für erwerbstätige oder nicht erwerbstätige Mütter diskutiert, wie auch noch die aktuelle Diskussion über den Ausbau der Kleinkindbetreuung zeigt.

Insoweit sich die „große Politik“ überhaupt um Familienfragen kümmert, was bisher selten vorkam, aber unter der jetzigen Großen Koalition der Fall zu sein scheint, steht nicht die Familienförderung an sich, sondern die Unterstützung bestimmter Formen oder Gruppen von Familien im Vordergrund. Trotz des eklatanten Geburtenrückgangs seit Anfang der 1970er Jahre erkennt die Politik die vielfältigen ökonomischen Benachteiligungen von Eltern im Verhältnis zu Kinderlosen nicht an, auf die das Bundesverfassungsgericht nun schon wiederholt in seinen einschlägigen Urteilen hingewiesen hat. Diese Nachteile sind vielfältig und äußern sich z.B. auf dem Arbeitsmarkt, im Steuersystem und vor allem im Sozialversicherungssystem.¹³

Die Konsequenz dieser strukturellen Benachteiligungen der Familien, die

¹³ Vgl. hierzu Franz-Xaver Kaufmann, Familien in den Spannungsfeldern gefährdeter Sozialstaatlichkeit. Reihe „Kirche und Gesellschaft“ Nr. 341, herausgegeben von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach 2007.



sich auch gegen wohlmeinende familienpolitische Maßnahmen in ihrer Wirkung immer wieder durchsetzen, ist eine wachsende *Polarisierung der Bevölkerung* in Deutschland in Menschen, die Elternverantwortung (für in der Regel zwei Kinder) übernehmen, und solche, die – aus welchen Gründen auch immer – lebenslang auf Kinder verzichten. Während bei den in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts Geborenen nur etwa jede zehnte Frau kinderlos blieb, ist dies unter den nach 1965 Geborenen bei etwa jeder dritten Frau zu erwarten. Bei den Männern weiß man dies aus naheliegenden Gründen nicht so genau, doch zeigen Umfragen, dass seit der Jahrhundertwende der Kinderwunsch vor allem bei Männern deutlich zurückgeht.

Politisch interessieren heute nicht so sehr die Lebensbedingungen der einzelnen Familien als die niedrige Geburtenrate. Angemahnt wird deshalb häufig eine „bevölkerungsbewusste Familienpolitik“ (M. Wingen). Es kommt aber nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität des Nachwuchses an, und hier zeigen insbesondere die sog. PISA-Studien, dass die Schüler in Deutschland ein äußerst ungleiches Bildungsniveau aufweisen. Vor allem Schüler mit

Migrationshintergrund bleiben zurück und bilden die größte Gruppe unter den rund 20 % der Jugendlichen, die aus persönlichen Gründen nur schwer Zugang zu einem qualifizierten Beruf finden. *Aus der Sicht der Politik bildet die Sicherung ausreichenden Nachwuchses das zentrale Problem, das sich nur durch eine bessere Verzahnung von Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik lösen ließe.*

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang zunächst, dass es keinen Gegensatz zwischen den Interessen des Staates an Kindern und denjenigen der Familien gibt: Beide wünschen sich gesunde, leistungsfähige Kinder. Das Problem besteht vielmehr darin, dass ein zunehmender Teil der nachwachsenden Generationen möchte, dass nicht sie, sondern *die anderen* die für die Zukunftssicherung notwendigen Kinder aufziehen. Man spricht deshalb kritisch von einer „Transferausbeutung“ der Eltern durch die Kinderlosen. Natürlich ist das von den Kinderlosen nicht so beabsichtigt, und unter ihnen sind auch manche, für die Kinderlosigkeit keinen Vorteil, sondern eine persönliche Prüfung darstellt. Es geht hier also nicht um einen moralischen, wohl aber um einen ökonomischen Tatbestand.



Wollte die Politik ihrer nachwachspolitischen Verantwortung gerecht werden, so täte sie gut daran, unsere Leitfrage: „Was brauchen Familien?“ ernst zu nehmen. Von den genannten fünf Elementen entzieht sich der „emotionale Zusammenhalt“ politischer Beeinflussung. Hier ist das Eigenste jeder Familie angesprochen, das dem christlichen Sinn von Ehe und Elternschaft nahekommt. Wenn heute Liebe und Ehe oft getrennt gesehen werden, so liegt das nicht zuletzt an der starken Verrechtlichung der Institution der Ehe und den damit verbundenen Nebenwirkungen.

Die vier anderen Voraussetzungen eines gedeihlichen Familienlebens Kompetenzen, Wohnung, Einkommen und Zeit sind dagegen öffentlicher Beeinflussung durchaus zugänglich. Das ist offensichtlich im Falle des *Einkommens*. Der ganz überwiegende Teil der familienbezogenen Bundespolitik dreht sich um die Beeinflussung der Geldströme, die Eltern und damit Familien zukommen sollen. Bisher war in diesem Zusammenhang meistens von „Familienlastenausgleich“ die Rede, worunter im Wesentlichen Kindergeld und Steuerermäßigungen verstanden wurden. Statistische Erhebungen des Lan-

desantes Baden-Württemberg zeigen, dass das gewogene Pro-Kopf-Einkommen eines Paares mit zwei betreuungsbedürftigen Kindern nur halb so hoch ist wie dasjenige eines gleich alten kinderlosen Paares und dass sich dieses Verhältnis im Laufe der Jahre kaum verändert hat. Etwa jedes siebte Vorschulkind lebt heute in einem Sozialhilfe beziehenden Haushalt. Die Dunkelziffer derjenigen, die auf Grund ihres Einkommens und ihrer Kinderzahl Anspruch auf Sozialhilfe hätten, sie jedoch nicht beantragen, ist erheblich, insbesondere unter den kinderreichen Familien.

Die gegenwärtige Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, die Einkommenslage der Familien vor allem durch Erleichterung der *Erwerbstätigkeit für beide Eltern* zu verbessern. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das in der Tat ein eleganter Weg: Man will den Frauen die Vereinbarkeit von Familien- und Berufstätigkeit erleichtern und dadurch den Mangel an qualifizierten inländischen Arbeitskräften mildern und die absehbar schrumpfende Zahl von Beitragszahlern in die Sozialversicherung erhöhen. Zugleich hofft man, dadurch die Bereitschaft vor allem qualifizierter Frauen zur Übernahme von Elternverantwortung zu stärken



und das Familieneinkommen *ohne* staatliche Beihilfen zu vermehren.

Gegen diese Absicht ist wenig einzuwenden, solange die Entscheidungsfreiheit der Frauen respektiert und die Qualität der Betreuungseinrichtungen gesichert wird, vor allem aber die Kinder dadurch nicht benachteiligt werden. Letzteres können im Einzelfall die Eltern am besten selbst entscheiden. Im Sinne einer Faustregel, an der sich die Politik orientieren sollte, dürfte bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr die überwiegende Betreuung durch die eigenen Eltern oder ihnen Nahestehende dem Kindeswohl am dienlichsten sein. Ab dem dritten Lebensjahr dürfte der regelmäßige Besuch von Kindertagesstätten u.Ä. die kindliche Entwicklung fördern, insbesondere auch die deutsche Sprachentwicklung von Kindern fremdsprachiger Eltern.

Allerdings ist mit der aktuellen Strategie der Bundesregierung keinerlei Ausgleich der besonderen Aufwendungen an Zeit und Geld verbunden, welche Eltern im Interesse kollektiver Zukunftssicherung unternehmen, und kein Abbau der Vorteile von Kinderlosen im Verhältnis zu Eltern. Es gibt keinen „Familienleistungsausgleich“ und damit auch wenig Anreize zur

Übernahme zusätzlicher Elternverantwortung. Auch dürfte eine vollzeitige Erwerbstätigkeit beider Eltern in der Regel bestenfalls mit ein oder zwei kleineren Kindern praktikabel sein. Spätestens ab drei Kindern bedarf der Familienhaushalt zeitlich disponibler Hilfen, die sich der Durchschnitt nicht leisten kann. Will man die Geburtenrate steigern, so käme es aber auch auf die Förderung kinderreicher Familien an, wie das französische Beispiel zeigt: Dort haben 37 % aller Familien drei und mehr Kinder, hierzulande 15 %. Es scheint mir unumgänglich, auch die Frage der Förderung kinderreicher Familien auf die familienpolitische Tagesordnung zu setzen.

Familien brauchen nicht nur Einkommen, sondern auch *infrastrukturelle Voraussetzungen*, unter denen eine die Raumbedürfnisse der Kinder berücksichtigende Wohnung die wichtigste ist. Hinzu kommt die Ausstattung des Wohnumfeldes, insbesondere mit Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen in kindgemäß erreichbarer Nähe, nach Möglichkeit aber auch mit ungefährlichen Bewegungsräumen für Kinder. Dies sind im deutschen föderalistischen System keine Aufgaben des Bundes, sondern vorzugsweise der Kommunen, unterstützt durch die Länder. Wichtig ist nicht nur die Nähe,



sondern auch die Qualität der Einrichtungen und deren Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse ihrer konkreten Klientel, also die sich in *unterschiedlichen* Soziallagen befindlichen Kinder und deren Eltern. Im Interesse der Kinder sollten Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer Ausrichtung mit hoher Priorität in „sozialen Brennpunkten“ geschaffen werden.

Am schwierigsten ist die politische Einflussnahme *auf die Sicherung der Eigenzeit für Familien*. Eigenzeit meint Zeit, die Familienmitglieder miteinander und in gemeinsamer Orientierung verbringen, dazu gehört auch das gemeinsame Erledigen z. B. von Hausarbeit. Eine Vielzahl von Angeboten zum Zeitvertreib und unmittelbare Nachfragen nach der Zeit der einzelnen Familienmitglieder stehen solcher Gemeinsamkeit entgegen. Wir alle sind mit einem Übermaß an Optionen konfrontiert, woraus eine allgemeine Zeitknappheit resultiert.

Die wichtigste Option ist für die meisten Erwachsenen die Chance zum Gelderwerb, die meist an feststehende Zeitpläne des Arbeitgebers gebunden ist. Arbeitszeiten sind oft nicht oder nur schwer mit den Erfordernissen des familialen Alltags und insbesondere den Bedürfnissen

der Kinder zur Deckung zu bringen. Hilfreich ist hier am ehesten eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen. Gefragt ist dabei erst in zweiter Linie der Staat mit seinen arbeitsrechtlichen Regulierungen, primär jedoch die unternehmerische Wirtschaft. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, „rechnen sich“ Maßnahmen auch wirtschaftlich, welche Eltern in der Erledigung ihrer betrieblichen Aufgaben eine größere Zeitsouveränität einräumen oder erforderlichenfalls die Anwesenheit von Kindern in der Nähe des Arbeitsplatzes ermöglichen. Eigenzeit wird aber auch durch die Vielzahl der Konsummöglichkeiten, die Beeinflussbarkeit durch Werbung und nicht zuletzt durch das Fernsehen beeinträchtigt. Fernsehen kann nur insoweit zur Eigenzeit gerechnet werden, als bestimmte Sendungen zum Gegenstand von Gesprächen unter den Familienmitgliedern werden.

Die Gewinnung familialer Eigenzeit ist jedoch vor allem eine Frage der Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit der Familienmitglieder, insbesondere der Eltern. Bei ihnen liegt es, welche Priorität sie ihrer Gemeinsamkeit zu messen. Damit ist die Dimension der Daseinskompetenzen, insbesondere deren *Handlungsfähigkeit als Eltern* bestimmt.



3. Aufgaben des Bildungswesens mit Bezug auf Familie und Erziehung

Generell gilt, dass die Frage nach den Kompetenzen von Eltern und nach den Möglichkeiten, diese zu verbessern, in den hierfür zuständigen Bundesländern bisher keinen politischen Rang einnimmt und auch in der Praxis der Träger freier Wohlfahrtspflege stark hinter anderen Aufgaben zurücksteht. Das gilt sowohl bezüglich der Förderung von Einrichtungen der Familienbildung und Familienberatung als auch hinsichtlich des allgemeinbildenden Schulwesens. Die Vorbereitung auf familiäre Aufgaben wird in Deutschland fast ausschließlich den Familien selbst überlassen. Damit hängt es im Wesentlichen von den familiären Verhältnissen ab, was Kinder an Vorbild, Wissen und Können mitbekommen.

In dem Maße, wie der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs dringlicher wird und die Sensibilität für die soziale Benachteiligung bestimmter Gruppen von Kindern und deren Folgen wächst, wird sich das öffentliche Interesse fast zwangsläufig auch der Erziehungsqualität der Eltern zuwenden. Die familiären Verhältnisse sind allerdings sehr unterschiedlich, und

zwar nicht nur hinsichtlich der Kompetenzen der Eltern, sondern auch hinsichtlich der alltäglichen, durch die Lebenslage bedingten Umstände und der unterschiedlichen kulturellen Voraussetzungen: „Bei den 16- bis 25-Jährigen beträgt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund 24 Prozent, bei den 0- bis 6-Jährigen erreicht die Quote schon rund ein Drittel.“¹⁴ In den großen Städten sind es entsprechend mehr, oft mehr als die Hälfte einer Klasse!

Grundsätzlich hat der freiheitliche Rechtsstaat die private Autonomie seiner Bürger zu respektieren, und der Primat der Elternverantwortung mit Bezug auf die eigenen Kinder ist auch durch Art. 6 Abs. 2 des Grundgesetzes garantiert. Allerdings gilt dieses Elternrecht nicht unbeschränkt, und es ist seit einiger Zeit erkennbar, dass dem Kindeswohl im Verhältnis zu Elternrechten wachsende Bedeutung zugemessen wird. Weil Kinder im Regelfalle nicht nur von ihren Eltern abhängen, sondern auch emotional an ihnen hängen, sind direkte staatliche Interventionen in den Familienzusammenhang allerdings mit besonderen Risiken verbunden und können nur eine „Ultima Ratio“ in ernsthaften Krisensituationen sein. Umso wichtiger wäre es, mit „weichen Methoden“

¹⁴ Informationsdienst der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 33, 24. Mai 2007, S. 8.



Konflikten zwischen Elternrecht und Kindeswohl vorzubeugen, und hierzu wollen Familienbildung und Familienberatung beitragen.

Während familienpolitische Maßnahmen mit abstrakten bzw. typisierten Vorstellungen von Familie arbeiten müssen, haben es beratende, therapeutische oder pädagogische Einrichtungen stets mit konkreten Menschen und im günstigsten Falle mit Konstellationen zwischen mehreren sich beteiligenden Mitgliedern einer Familie zu tun. Die Freiwilligkeit der Mitwirkung ist dabei nicht nur rechtlich, sondern auch unter Wirksamkeitsgesichtspunkten entscheidend. Hier tut sich ein Dilemma auf, denn Elternkurse und Beratungsgespräche werden vorzugsweise von hoch motivierten Eltern nachgefragt, die hierfür Zeit und nicht selten auch Geld einsetzen. Schwerwiegende Erziehungsdefizite finden sich aber vor allem bei Eltern, die auf Grund mangelnder Kompetenzen und/oder äußerer Umstände den Weg zu solchen Einrichtungen kaum finden. Ein besonderes Problem stellen Familien mit Migrationshintergrund dar. Was uns hier als Verletzung des Kindeswohls erscheinen mag, beispielsweise die längstmögliche Fernhaltung kurdischer Mädchen von Kontakten mit

der deutschen Kultur, kann aus der Sicht der Eltern eine Vorsichtsmaßnahme im Interesse herkömmlicher ethnisch-kultureller Erziehungsideale sein.

Wie in vielen anderen Bereichen auch führt hier das Programm einer staatlichen Grundverantwortung für die Wohlfahrt aller Bürger zu schwierigen Abwägungen zwischen Elternrechten und Kindeswohl, zumal das Kindeswohl ja keineswegs eine eindeutige Größe ist. Da die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Eltern sowohl in rechtlicher wie in faktischer Hinsicht äußerst beschränkt sind, bleibt als staatliche Handlungsmöglichkeit im Wesentlichen die Gestaltung des allgemeinbildenden Schulwesens und der Vorschulerziehung. Beide müssten stärker als bisher auch erzieherische, ja gelegentlich auch sozialtherapeutische Maßnahmen mit übernehmen. Zum Mindesten im Vergleich zu den Niederlanden und zu Skandinavien erscheint das deutsche Bildungswesen auf diese Aufgaben kaum vorbereitet.

Anders als bezüglich der Kinder mit medizinisch feststellbaren Behinderungen fehlt in den Regelangeboten der Länder eine besondere Rücksichtnahme auf familial belastete Kinder nahezu völlig. Jede Hilfe bleibt allein



dem Geschick und dem Engagement einzelner Lehrkräfte überlassen. Die hohen Klassenfrequenzen tun ein Übriges, um das Eingehen auf Problemkinder zu behindern.

Um kompensatorische Maßnahmen – insbesondere in den Grund- und Volksschulen – zu ermöglichen, müsste nicht nur die Frequenz der Lehrkräfte erhöht werden; vielmehr muss auch psychologischer und sozialarbeiterischer Sachverstand in den Lehrkörper eingebracht werden. In einigen Ländern gehören Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter in bestimmten Schultypen heute standardmäßig zum Lehrkörper.

Schließlich bleibt die Frage, ob die Schule nur für das Arbeitsleben oder auch für das Familienleben vorbereiten sollte. Die Unterscheidung von Arbeitskompetenzen und Da-seinskompetenzen ist natürlich nicht trennscharf, sicher profitieren auch schon heute die Kinder von einer guten Schulbildung für alle Lebensbereiche. Angesichts der weitgehenden Privatisierung aller familialen Bezüge stellt sich aber doch die Frage, ob die Schule dieses Problem noch übergehen kann. Wenn Heranwachsende nie die Gelegenheit erhalten, mit Kleinkindern umzugehen, fehlt ihnen

eine wesentliche Voraussetzung zur Elternschaft, die bei früheren Generationen nahezu selbstverständlich war. Zum Mindesten in kinderarmen Milieus sind die Menschen dabei, sich Kinder ganz abzugewöhnen, und die wirtschaftlichen wie die öffentlichen Umstände tragen dazu bei, dass solche Milieus sich ausbreiten. Dagegen ist kein familienpolitisches Kraut gewachsen. Mit gutem Willen wäre es dagegen im Schulsystem durchaus möglich, Heranwachsenden die Verantwortung und vielleicht auch die Freude an Kleinkindern nahezu bringen und im lebenskundlichen Unterricht auch Familienfragen mit zu thematisieren.

Anregungen hierzu wären aus dem Bereich der *Familienbildung und -beratung* zu gewinnen. Es ist dies bisher der einzige Ort, wo Familienleben öffentlich reflektiert wird. Die Förderung von Familienbildung und Familienberatung sowie deren wissenschaftliche Begründung und studienmäßige Vorbereitung sind somit – recht verstanden – eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges: Es geht darum, das Thema Familie aus dem Raum intransparenter und oftmals hilfloser Privatheit herauszuführen und seine öffentliche Bedeutung bewusst zu machen. „Ohne Kinder kei-



ne Zukunft.“ In diesem Satz ist schon vorausgesetzt, dass die Kinder nach ihren Möglichkeiten gedeihen. Wie PISA und ähnliche Studien zeigen, ist das aber keine Selbstverständlichkeit. Eine breitere Wirkung könnte auch von Patenschaften ausgehen, die derzeit gerade in Paderborn erprobt werden. Vielen Familien könnte durch ehrenamtliche Patenschaften auch im Alltag geholfen werden, wohin ja die

Bildungs- und Beratungseinrichtungen nicht reichen.

Der neu formierten Familienbildung und -beratung im Gemeindeverband Bielefeld ist zu wünschen, dass sie diese Herausforderungen annimmt, und dem sie tragenden Erzbistum Paderborn, dass es trotz wachsender Finanzknappheit die auch pastoral zentrale Aufgabe nachhaltig fördert.

Bildung ganz nah

Die Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Erzbistum Paderborn

KBS Arnsberg

Hellefelder Straße 15

59821 Arnsberg

Tel.: 02931 22031

Fax: 02931 14748

E-Mail: info@kbs-arnsberg.de

Internet: www.kbs-arnsberg.de

KBS Bielefeld

Turnerstraße 4

33602 Bielefeld

Tel.: 0521 528152-0

Fax: 0521 528152-22

E-Mail: info@kbs-bielefeld.de

Internet: www.kbs-bielefeld.de

**KBS Dortmund**

Propsteihof 10

44137 Dortmund

Tel.: 0231 1848-132

Fax: 0231 1848-137

E-Mail: info@kbs-dortmund.de

Internet: www.kbs-dortmund.de

KBS Paderborn

Giersmauer 21

33098 Paderborn

Tel.: 05251 24612

Fax: 05251 207459

E-Mail: info@kbs-paderborn.de

Internet: www.kbs-paderborn.de

KBS Olpe

Friedrichstraße 4

57462 Olpe

Tel.: 02761 94220-0

Fax: 02761 94220-10

E-Mail: info@kbs-olpe.de

Internet: www.kbs-olpe.de

Erzbischöfliches Generalvikariat

Hauptabteilung Pastorale Dienste

Katholische Erwachsenen- und

Familienbildung (kefb)

Domplatz 3

33098 Paderborn

Tel.: 05251 121-3

Fax: 05251 121-4555

E-Mail: info@kefb.de

Internet: www.kefb.de

